

Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

- a) zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 13/1802 –

**Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung
des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien einschließlich der Un-
terstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen**

- b) 1. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/1835 –

2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/1828 –

3. zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/1808 –

- zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 13/1802 –

**Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung
des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien einschließlich
der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen**

A. Problem

Angesichts sich intensivierender Kämpfe und zunehmender persönlicher Gefährdung der Blauhelmsoldaten in der Republik Bosnien-Herzegowina ist eine militärische Verstärkung notwendig, um das Bleiben der VN-Friedenstruppe zu ermöglichen und ihr die Chance zu geben, ihr Mandat auszuführen. Der Deutsche Bundestag mißt der Tätigkeit der VN-Friedenstruppen im früheren Jugoslawien hohe politische und humanitäre Bedeutung zu. Ein Abzug der VN-Friedenstruppen muß unbedingt vermieden werden. Die erhöhten Anstrengungen der Bündnispartner Frankreich, Großbritannien und der Niederlande bei der Unterstützung der VN-Mission erfordern von der Bundesrepublik Deutschland Beiträge, die über das bisher Geleistete hinausgehen und auch für den Fall gelten, daß zugunsten eines Abzuges entschieden wird.

B. Lösung

Annahme des Antrages der Bundesregierung, der die Bereitstellung von Lufttransportkräften, die Entsendung von Sanitätskräften und zusätzlichen Personals sowie Luftnahunterstützung vorsieht.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Der vorgesehene deutsche Beitrag wird voraussichtlich Kosten von etwa 435 Mio. DM zu Lasten des Bundeshaushalts beanspruchen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Bundesregierung – Drucksache 13/1802 – anzunehmen;
- b) zu den Entschließungsanträgen der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1835 –, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1828 – und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/1808 – eine Beschlußfassung im Plenum des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Bonn, den 28. Juni 1995

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Gerd Poppe
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Andrea Lederer
Berichterstatteerin

**Bericht der Abgeordneten Karl Lamers, Karsten D. Voigt (Frankfurt),
Gerd Poppe, Ulrich Irmer und Andrea Lederer****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 46. Sitzung am 28. Juni 1995 den Antrag der Bundesregierung „Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien einschließlich der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen“ – Drucksache 13/1802 – und die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1835 –, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1828 – und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/1808 – an den Auswärtigen Ausschuß federführend, an den Rechtsausschuß und den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Rechtsausschuß hat den Antrag und die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 28. Juni 1995 beraten und empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Vertreters der Gruppe der PDS bei einer Enthaltung aus der Fraktion der SPD die Annahme des Antrags – Drucksache 13/1802 –. Zu den Entschließungsanträgen – Drucksachen 13/1835, 13/1828 und 13/1808 – empfiehlt er mehrheitlich Ablehnung.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Rechtsausschuß möge feststellen, daß es kein klares Mandat des Sicherheitsrates der VN für eine Unterstützung eines eventuellen Abzugs gebe, wurde mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

III.

Der mitberatende Verteidigungsausschuß, der die Vorlagen in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 1995 beriet, hat dem federführenden Auswärtigen Ausschuß folgende Stellungnahmen zugeleitet:

– Drucksache 13/1802 –

Dem federführenden Auswärtigen Ausschuß wird die Annahme empfohlen.

Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen 6 Stimmen der Fraktion der SPD sowie die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ausgesprochen. 7 Mitglieder der Fraktion der SPD haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

– Drucksache 13/1835 –

Dem federführenden Auswärtigen Ausschuß wird die Ablehnung empfohlen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS ausgesprochen. 7 Mitglieder der Fraktion der SPD haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

– Drucksache 13/1828 –

Dem federführenden Auswärtigen Ausschuß wird die Ablehnung empfohlen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, 6 Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme der Gruppe der PDS ausgesprochen.

7 Mitglieder der Fraktion der SPD haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

– Drucksache 13/1808 –

Dem federführenden Auswärtigen Ausschuß wird die Ablehnung empfohlen. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, 6 Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgesprochen.

7 Mitglieder der Fraktion der SPD haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

IV.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag der Bundesregierung in seiner 20. Sitzung am 28. Juni 1995 eingehend und in Kenntnis der Stellungnahmen des Verteidigungsausschusses und des Rechtsausschusses beraten. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen eine Stimme aus der Fraktion der SPD, eine Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den beiden Stimmen der Gruppe der PDS hat er den Antrag – Drucksache 13/1802 – angenommen. 13 Mitglieder aus der Fraktion der SPD und 2 Mitglieder aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Einstimmig hat er beschlossen, die Beschlußfassung zu den Entschließungsanträgen im Plenum des Deutschen Bundestages herbeiführen zu lassen.

Bonn, den 28. Juni 1995

Karl Lamers

Berichterstatte

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Berichterstatte

Gerd Poppe

Berichterstatte

Ulrich Irmer

Berichterstatte

Andrea Lederer

Berichterstatte